

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schullinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpolige Millimeterzelle 10 Pf., drittelzeilige 8 Pf., im Textteil die 90 mm breite Millimeterzelle 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 201

Freitag, den 28. August 1931.

86. Jahrgang

## Tageschau.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts erstattete Reichsaussenminister Dr. Curtius Bericht über die bevorstehende Genfer Tagung. Es wurden dabei die im Europa-Komitee, im Völkerbundsrat und in der Völkerbundsversammlung zur Erörterung stehenden Fragen besprochen.

Die Unterredung, zu der der Reichszentralrat den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg eingeladen hatte, fand Donnerstag nachmittags statt und dauerte länger als drei Stunden. An der Unterredung nahmen noch teil der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Quack und der Zentrumsabgeordnete Prälat Kaas.

Die bayrische Staatsregierung will zur Ausgleichung des Haushalts 1931 eine Notverordnung erlassen, die unter anderem eine Erhöhung der Schlachtsteuer, eine einmalige Wohlfahrtsabgabe und Einsparungen bei Personal- und Sachausgaben vorsieht.

Der neue englische Außenminister wird weder an der Sitzung des Völkerbundsrats noch an der Völkerbundsversammlung teilnehmen. Zum britischen Hauptdelegierten ist Lord Cecil ernannt worden.

Die Londoner Blätter berichten über Kreditverhandlungen, die in Neuport und Paris für das britische Schaham im Gange seien. Es soll sich um Kredite von mindestens 60 Millionen Pfund Sterling in Amerika, und 90 Millionen Pfund Sterling in Frankreich handeln.

Die Sowjetregierung hat den polnischen Vorschlag auf Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes abgelehnt. Vorläufig werden insbesonderen auch die russisch-französischen Verhandlungen unterbrochen werden.

Das deutsche Flugzeug Do X ist am Donnerstagmorgen um 5.31 Uhr mitteleuropäischer Zeit im Hafen von Neuport gelandet, begrüßt begrüßt von einer riesigen Menschenmenge.

\* Ausführliches an anderer Stelle.

## Polen — Rußland — Frankreich.

Moskau lehnt das polnische Angebot ab.

Daß sich Polen in die russisch-französischen Unterhaltungen über einen Nichtangriffspakt einschalten möchte, ist verständlich. Ebenso, daß Frankreich seinen polnischen Liebling mit hineinschmeißen möchte. Diese Liebe scheint aber im Kampf mit dem präsumtiven Geschäft der französischen Banken und Industrie zu stehen. Denn es ist klar, wenn Rußland auch Polens Sicherheit garantieren soll, dann wird der Preis, den Frankreich zu zahlen hat, höher. Offenbar fürchtet man sowohl in Paris als auch in Warschau, der andere Partner könnte einem zuvorkommen, oder doch das Geschäft stören. Daher plägte Polen am 24. August plötzlich mit der Meldung heraus, es habe Rußland einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen. Das ist an sich nichts Neues. Seit 1926 versucht Warschau, die Russen dazu zu bringen, einen Kollektivvertrag mit der ganzen polnisch-baltischen Staatengruppe abzuschließen, an deren Spitze Polen als Protektor der kleinen Randstaaten stünde. Das hat Rußland bisher mit Recht abgelehnt. Es möchte, da es einen polnisch-französischen Angriff fürchtet, gern mit Polen allein abschließen, was aber noch keine Garantie der polnischen Grenzen bedeuten soll. Nun versucht offenbar Polen, das alte Projekt wieder auf den Tisch zu legen, und tut so, als habe es die russische Unterschrift bereits in der Tasche. Diesem Bluff machte die russische Bekanntmachung ein Ende, daß erstens der polnische Vorschlag noch mit schwereren Bedingungen belastet sei als der von 1926, und daß zweitens dieser Vorschlag in Moskau als ein Rückschritt statt als ein Fortschritt angesehen werde. Man ist also zum mindesten noch recht weit auseinander, und auch die polnisch-französischen Interessen scheinen nicht ganz übereinstimmend zu sein, denn sonst hätte nicht Paris plötzlich dazwischengeschaltet und erklärt, die Polen hätten zuerst mit den Russen angefangen zu flirten. Wahrscheinlich ist den Franzosen die Rechnung zu hoch, die sie den Russen für das polnische Geschäft zahlen sollen. Frankreich will ja nicht nur das deutsch-russische Verhältnis abkühlen, sondern auch ein großes Lieferungsgeschäft machen, darüber hinaus aber auch noch etwas von seinen Goldmilliarden aus der Jarenzeit retten. Dies alles braucht uns zwar noch nicht bestürzt zu machen, aber wenn nun Herr Litwinow nach Berlin kommt, wird er klar sagen müssen, ob die Voraussetzung des Berliner und Rapallovertrages noch gilt, daß nämlich Rußland keine Garantie der polnischen Grenzen, auch keine Anerkennung auspricht. Es könnte sich am Kelloggspakt und Litwinowvertrag genug sein lassen. Ein ernsthaftes Geschäft mit Polen und Frankreich wird immer auf unsere Kosten gehen. Im übrigen rächt sich jetzt aufs neue unsere Voffi-

alität im Baltikum. Die Neutralisierung dieses Gebietes gegenüber Rußland hätte Deutschland schon längst versuchen müssen, um zu vermeiden, daß sich Polen zum Führer jenes wichtigen Brückengebietes nach Rußland aufwirft.

Moskau, 27. August. Von amtlicher russischer Seite wird zu den polnisch-russischen Verhandlungen eine Mitteilung veröffentlicht, die etwa wie folgt lautet: „Im Zusammenhang mit den Nachrichten über die Lieberreichung von polnischen Vorschlägen am 23. August in Moskau auf Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes wird von russischer Seite mitgeteilt, daß die übermittelten Vorschläge denen aus dem Jahre 1926 entsprechen, die seinerzeit von der Sowjetunion abgelehnt worden sind. Die neuen polnischen Vorschläge, die am 23. August von dem polnischen Gesandten Patek übermittelt wurden, enthalten nicht nur die alten Vorschläge, die für die Sowjetregierung unannehmbar waren, sondern darüber hinaus einen neuen Vorschlag, den man nicht als Fortschritt betrachten kann. Aus diesem Grunde kann vorläufig von dem Abschluß eines russisch-polnischen Nichtangriffspaktes keine Rede sein.“

Warschau, 27. August. Der amtliche Bericht der Moskauer Tag-Agentur, in dem festgestellt wird, daß die polnischen Vorschläge auch weiterhin als ungeeignet abgelehnt werden müßten, hat in Warschauer politischen Kreisen sehr große Bestürzung ausgelöst. Die Warschauer Presse ändert jetzt plötzlich ihre Tonart, und der regierungstreue „Gyprich Poranny“ bezeichnet den Bescheid Moskaus als eine „perfide Antwort“, die erneut den Beweis dafür liefert, wie wenig Moskau an der Erhaltung des Friedens in Osteuropa gelegen sei.

## Unterbrechung der russisch-französischen Verhandlungen.

Kowno, 27. August. Wie aus Moskau gemeldet wird, nimmt man in amtlichen russischen Kreisen an, daß sich die russische Abfrage an Polen auch auf die russisch-französischen Verhandlungen auswirken wird. Jetzt, wo die Verhandlungen mit Polen gescheitert sind, bezweifelt man, daß die russisch-französischen Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden. Man nimmt an, daß die französische Regierung von sich aus vorläufig die Verhandlungen unterbrechen werde, um von der polnischen Regierung gewisse Konzessionen einzubohlen. An amtlicher russischer Stelle wird erklärt, daß Polen selbst an dem Abbruch der Verhandlungen schuld sei, weil seine Vorschläge für Rußland unannehmbar seien und Polen Frankreich und Rumänien über seine Verhandlungen mit Rußland falsch informiert habe.

Paris, 27. August. Die Agence Economique et Financiere weiß zu berichten, daß die französisch-sowjetrussischen Verhandlungen in Paris wegen der Abwesenheit des russischen Botenpostens Domogalowski und verschiedener anderer Unterhändler vorübergehend unterbrochen worden seien. Das Blatt hält es für wahrscheinlich, daß die Besprechungen im Oktober wieder aufgenommen würden. Der in Ausarbeitung begriffene Nichtangriffspakt werde angeblich eine neue Form des allgemeinen Briand-Kellogg-Paktes darstellen. Es sei möglich, daß sich die Verhandlungen auch auf den Abschluß eines französisch-sowjetrussischen Ausgleiches bzw. Schiedsgerichtsvertrages ausdehnen würden.

In hiesigen politischen Kreisen mißt man der persönlichen Fühlungnahme mit dem polnischen Außenminister Jasecki große Bedeutung bei und weist darauf hin, daß die französische Abordnung mit Briand an der Spitze in Genf Gelegenheit haben werde, eine Aussprache mit Litwinow und Jasecki herbeizuführen.

## 150 Millionen zur Russenfinanzierung

Berlin, 27. August. (Eigene Meldung.) Die Verhandlungen mit der Reichsbank über Bereitstellung von Mitteln für die Finanzierung des Lieferungsgeschäftes nach Rußland haben zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Danach werden garantierte Russenwafschel, die bis Mitte nächsten Monats fällig werden, von der Reichsbank rekonstruiert. Der dafür in Aussicht genommene Betrag bewegt sich um 150 Millionen RM. Ueber das angewendende Verfahren schweben noch Besprechungen, an denen auch die zuständigen Vertreter der deutschen Industrie und des Bankenkonfortiums teilnehmen. Die bisher gesunde Leistung ist noch nicht voll befriedigend; man hofft aber, daß es gelingt, durch Entlastung des Wechselportefolios der Großbanken Mittel für die Finanzierung der im Sommer 1931 vergeblichen und langfristig kreditierten Russenwafschel freimachen zu können. Ueber die Höhe der Diskontzinsen sind Beschlüsse noch nicht gefaßt. Die nach unverbürgten Presseberichten gemeldeten Sätze von 20 bis 25 Prozent dürften jedenfalls nicht zutreffen.

## Angespannte Kassenlage.

Berlin, 28. August. (Eig. Dienst.) Der Fall Sachsen ist ein Warnungssignal. Denn die Tatsache, daß die sächsische Regierung am 1. September zunächst nur ein Drittel der Beamtengehälter auszahlen kann, und daß über den Termin der immerhin beachtlichen Restzahlung überhaupt noch keine Angaben gemacht werden, wirkt ein großes Schlaglicht auf die finanziellen Nöte der Länder. In Sachsen liegen die Verhältnisse deshalb besonders schlimm, weil die Lasten für die Wohlfahrtsverbände in diesem industriellen Lande erheblich höher sind als der Reichsdurchschnitt. Immerhin läßt sich nicht verheimlichen, daß man auch andere Länder mit ernsten Augen in die Zukunft blickt. Die Reichsregierung geht deshalb mit dem Gehälter der Beamten eine nochmalige Verminderung eintraten zu lassen. Beschlüsse sind in dieser Beziehung noch nicht gefaßt worden, aber man spricht davon, die Besoldungsgruppen in ihrer Aufsteigermöglichkeit zu beschränken, indem man die Gehälter nicht von zwei zu zwei, sondern künftig von drei zu drei Jahren steigen läßt. Ebenso ist davon die Rede, die Höchstgrenze der Pensionen auf 75 v. H. und die der Witwengehälter auf 45 v. H. zu beschränken.

## Notverordnung in Bayern.

Erhöhung der Schlachtsteuer — Wohlfahrtsabgabe — Gehaltskürzung.

München, 27. August. Die bayrische Staatsregierung will zur Ausgleichung des Haushalts 1931 eine Notverordnung auf Grund des § 64 der Verfassungsurkunde erlassen. In der Notverordnung wird die Schlachtsteuer für die Zeit vom 1. September 1931 bis 31. März 1932 erhöht. Diese Erhöhung, die für das Pfund Frischfleisch durchschnittlich 3 Pfennige beträgt, soll von den Fleisch- und Wurstwarenverkäufern getragen werden. Die Verordnung erklärt deshalb die Erhöhung der bisherigen Kleinverkaufspreise für unzulässig und verbietet auch, die Steuer neben dem Verkaufspreis gefordert in Rechnung zu stellen. Zum Schutz des einheimischen Gewerbes wird die Ausgleichsteuer auf eingeführtes Fleisch und Wurstwaren für den gleichen Zeitraum angemessen erhöht.

Zur Sicherstellung der Landeshilfe für die durch Wohlfahrtsverbände überlasteten Gemeinden wird weiter eine einmalige Wohlfahrtsabgabe erhoben. Abgabepflichtig sind alle Personen, die am 1. September 1931 Räume in Gebäuden innehaben, gleichviel ob sie Mieter oder Pächter sind, oder Räume im eigenen Hause benutzen. Aus der Erhöhung der Schlachtsteuer wird eine Mehreinnahme von annähernd 7 Millionen Mark erwartet. Der Ertrag der Wohlfahrtsabgabe ist auf 4 Millionen Mark zu veranschlagen. Der noch verbleibende Teil des Fehlbertrages von 17,6 Millionen Mark soll durch Einsparungen bei den Ausgaben ausgeglichen werden. Hier von entfallen rund 7 Millionen Mark auf Einsparungen bei den Personalausgaben, 0,6 Millionen Mark auf Einbehaltungen bei den Verwaltungsausgaben, 10 Millionen Mark aus den Sachausgaben. Die Einsparungen bei den Sachausgaben verteilen sich auf sämtliche Haushaltsanteile, auch auf den Wohnungsbau. Die Einsparungen bei den persönlichen Verwaltungsausgaben bestehen in einer Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge der ledigen und kinderlos verheirateten Beamten und Angestellten, wenn sie den Betrag von 1500 M jährlich übersteigen, um weitere 5 v. H. Gemeinden, Bezirke, Kreise und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sollen entsprechend kürzen.

## Die Unterredung Brüning-Hugenberg.

Berlin, 27. August. (Eigene Meldung.) Die Unterredung, die der Kanzler heute mit dem deutschnationalen Führer Dr. Hugenberg hatte, dauerte mehrere Stunden und ging erst nach 7 Uhr zu Ende. Interessant ist, daß auch der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas an der Besprechung teilgenommen hat. Geheimrat Dr. Hugenberg hatte seinen Parteifreund Geheimrat Quack mitgebracht. Ueber den Verlauf der Unterredung wird von unfernter Seite nur mitgeteilt, daß Dr. Brüning den deutschnationalen Herren einen ausführlichen Überblick über seine Politik gegeben habe, worauf diese ihren Standpunkt darlegten.